



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Reiner Breuer (SPD)



Bernhard Schemmer (CDU)

Bezahlbare Wohnungen sind mancherorts in NRW Mangelware. Um dem zu begegnen, ...

... gilt es insbesondere, den sozialen Wohnungsbau auszubauen und Mietsteigerungen zu begrenzen. Die Förderkonditionen im sozialen Wohnungsbau haben wir attraktiver gemacht. Es müssen mehr Flächen für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und die Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften wieder durch Steuerbefreiungen gestärkt werden.

... muss die von der NRW.BANK bereitgestellte soziale Wohnraumförderung besser genutzt werden. Die Eigentumsförderung lag 2012 bei nur 171,5 Millionen Euro, die Förderung von Mietwohnungen lag bei nur 274,7 Millionen Euro. Damit wurde das zur Verfügung stehende Volumen nicht ausgeschöpft. Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hat 2009/2010 mit mehr als einer Milliarde Euro doppelt so viel bewilligt.

Um die Lebensqualität in baulich vernachlässigten Wohnquartieren zu verbessern, können Kommunen ...

... darauf vertrauen, dass Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Wohnungswirtschaft auf Landesebene umgesetzt werden. Das betrifft insbesondere die notwendige Schärfung der Rechtsinstrumente für die kommunale Wohnungsaufsicht. Das sollte auch für die bundesgesetzlichen Vorgaben im Mietrecht oder im Baugesetzbuch gelten.

... von der Landesregierung erwarten, dass sie beim Umgang mit Problemimmobilien intensiver und besser beraten werden. Darüber hinaus muss der Absturz der Wohnraumförderung von über 1 Milliarde Euro im Jahr 2010 auf etwas über 500 Millionen Euro im Jahr 2012 beendet werden. Sogar frühere rot-grüne Landesregierungen waren 2003 und 2004 wesentlich besser.

Wenn Kommunen oder kommunale Gesellschaften neue geförderte Wohnungen bauen, kommt es darauf an, ...

... die Entwicklung des gesamten Wohnquartiers bzw. Stadtteils in den Blick zu nehmen. Nach Möglichkeit sollte auf Basis kommunaler Handlungskonzepte mit einer gezielten Quartiersförderung ein attraktives Wohnumfeld geschaffen, und die Bürgerinnen und Bürger sollten bei der Gestaltung mit einbezogen werden.

... sich zusätzlich der privaten Wohnungswirtschaft zu bedienen, weil die öffentliche Hand nicht alles leisten kann. Es muss nachfragegerecht gebaut werden, d.h. barrierefrei und multifunktional – ohne allerdings die Kosten durch unnötige Auflagen in die Höhe zu treiben. Hier hat die Landesregierung bisher zu wenig getan.

Durch mehrfachen Eigentümerwechsel von Mietwohnungen kann ein Teil der Mieterrechte verlorengehen. Um dem bestmöglich vorzubeugen, ...

... müssen die entsprechenden Rechtsinstrumente zum Schutz der Mieterinnen und Mieter (siehe oben) beibehalten bzw. fortentwickelt werden. Die bestehenden Kündigungssperrfristen müssen überprüft, der Genossenschaftsgedanke im Wohnungswesen sollte wiederbelebt werden.

... muss die Landesregierung die Schaffung von selbst genutztem Eigentum stärker fördern. Leider macht die Landesregierung das Gegenteil: Für 2013 sind nur noch 80 Millionen Euro für die Eigentumsförderung vorgesehen. Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hat 2009 und 2010 jeweils über 550 Millionen Euro bewilligt.



Diesmal zum Thema Wohnen.

Daniela
Schneckenburger
(GRÜNE)



... sorgen wir dafür, dass die Fördermittel des Landes auf den geförderten Mietwohnungsbau konzentriert werden, besonders in Städten mit stark steigender Miete. Als Beispiel für die Kommunen stellt das Land Grundstücke für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung; es nutzt seinen Handlungsspielraum zum Schutz von Mieterinnen und Mietern aus und setzt Mieterhöhungen bei Neuvermietungen klare Grenzen.

... auf die Städtebauförderung des Landes zurückgreifen. Sie können die Möglichkeiten der Wohnungsaufsicht, die ihnen das Land einräumt, nutzen und gegen die bewusste Vernachlässigung von Wohnraum einschreiten sowie die Spielräume des Baugesetzbuchs ausnutzen. Zudem zeigt der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ zahlreiche Vorschläge, um die Lage in Problemquartieren zu verbessern.

... dass sie dies nachhaltig tun. In einer Qualität, die städtebaulich und energetisch die Maßstäbe erfüllt, die auch in 30 Jahren marktfähig sind. Die Erfüllung von Barrierefreiheit und ein Niedrigstenergiehaus-Standard sind darum wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Wohnungspolitik.

... sollte die kommunale Wohnungspolitik ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen und ihr kommunales Wohnungsunternehmen als wichtigen Akteur im Wohnungsmarkt stützen.

Holger Ellerbrock (FDP)



... muss neben der Landeswohnraumförderung auch privates Kapital für öffentliche Aufgaben verfügbar gemacht werden, da Privatanbieter maßgeblich zur Wohnraumversorgung beitragen. Investitionsanreize können unter anderem durch verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem müssen Wohnungseigentümer vor überbordenden bürokratischen und rechtlichen Hemmnissen geschützt werden.

... Handlungskonzepte entwickeln und mithilfe von Förderprogrammen zur sozialen und baulichen Stabilisierung beitragen. In bestimmten Fällen könnten den Kommunen zudem Instrumente zur Verfügung gestellt werden, um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums „schwarzer Schafe“ im Wohnungsmarkt leichter einzufordern. Hierzu hat die Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ Prüfaufträge formuliert.

... zeitgemäßen Wohnraum zu schaffen, den sich auch untere Einkommensgruppen leisten können. Denn während der kommunale Wohnungsbau in der Vergangenheit vor allem im Mittelfeld zugelegt hat, wurden günstige Wohnungen vielfach an Finanzinvestoren verkauft. Marode Immobilien wurden so aus den Portfolios entfernt. Gleichzeitig wurde aber auch der öffentliche Bestand an günstigem Wohnraum verringert.

... sollten bei öffentlichen Wohnungsverkäufen vertragliche Vorkehrungen zur rechtlichen Absicherung bestehender Mietverhältnisse getroffen werden. Im Rahmen solcher Sozialchartas können zudem Mindeststandards und -investitionssummen für zukünftige Sanierungen, der Ausschluss von Luxussanierungen oder ein Verbot von Einzelprivatisierungen festgelegt werden.

Oliver Bayer (PIRATEN)



... ist der soziale Wohnungsbau weiterzuentwickeln und auf die Bedürfnisse gemeinnütziger Bauträger auszurichten. Spekulativer Leerstand muss durch kommunale Zweckentfremdungssatzungen oder eine Landesverordnung verhindert werden. Der Bundesgesetzgeber muss zur wirkungsvollen Begrenzung der Mietpreisspirale gedrängt werden. Die Empfehlungen der Enquetekommission sind aufzunehmen und zügig umzusetzen.

... aufgrund ihrer Haushaltssituation leider oftmals nur wenig tun. Es ist daher auch ein Skandal, wenn die investive Förderung aus den Bundesprogrammen „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ gestrichen wird. Kommunen, die über eigene Wohnungsunternehmen verfügen, sollten Bestände übernehmen und nachhaltig bewirtschaften – mit einer aktiven Wohnungspolitik und offensiven Wohnungsaufsicht als Grundlage.

... Wohnungen in integrierten Lagen zu errichten und dabei „privilegierte“ Quartiere nicht auszusparen. Die Wohnungen sollten barrierefrei/-arm sein und qualitativ sowie energetisch hohen Standards entsprechen. Auch sollte mit dauerhaft günstigen Mieten kalkuliert werden – selbst über das Auslaufen der Bindungen hinaus. Um dies zu ermöglichen, sind kommunale Grundstücke preisgünstig bereitzustellen.

... dürfen öffentliche Wohnungsbestände nicht länger verkauft werden, sondern müssen weiterhin gemeinnützig bewirtschaftet werden. Vor allem gilt: Kauf bricht nicht Miete. Jedoch muss die Durchsetzung der Mieterrechte gestärkt werden, z.B. durch ein Verbandsklagerecht für Mietervereine. Landesrechtliche Regelungsmöglichkeiten (z.B. Kündigungssperrfristverordnung) sind so weit wie möglich auszunutzen.